



Niederschrift

17-018. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales des Kreistages Bergstraße

am **Mittwoch, 04.12.2013**, 17:05 Uhr bis 18:25 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Abschlussbericht zur Evaluation des Pilotprojekts "Heppheimer Schul- und Jugendhilfemodell"
Vorlage: 17-1026
- Punkt 2 Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 09.10.2013 zur Anwendung von Tariflöhnen auf Antrag an den JHA
Vorlage: 17-1111
- Punkt 3 Leitbild zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Kreis Bergstraße
Vorlage: 17-1133
- Punkt 4.1 Antrag der Bürgerunion-Fraktion vom 25. Januar 2013 betreffend Untersuchung der Kostensteigerungen in der Jugendhilfe und Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und GRÜNE vom 4. März 2013 hierzu
- Information der Verwaltung
Vorlage: 17-0752/2
- Punkt 4.2 Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2014, Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2014-2017 und Beschlussfassung über die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2017
Vorlage: 17-1040/1
- Punkt 5 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Reinhardt, Randoald CDU

Ausschussmitglieder:

Bähr, Anna Katharina	CDU	in Vertretung für Heitland, Birgit
Dexler, Kerstin	CDU	
Heuler, Sabine	CDU	in Vertretung für Fera, Pia
Reinhardt, Randoald	CDU	siehe auch Ausschussvorsitzender
Moritz, Renate	SPD	
Rothmüller, Josef	SPD	
Schneider, Otto	SPD	(anwesend bis zeitweise TOP 4)

Berg, Evelyn	GRÜNE
Fraas, Sabine	GRÜNE
Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER
Weigand, Volker	FDP

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	Bürgerunion
Dambier, Peter	PIRATEN

Fraktionsvorsitzende:

Schneider, Gottfried	CDU
Fiedler, Josef	SPD (anwesend bis TOP 4.1)
Hoch, Haymo	Bürgerunion
Zenker, Veronika	PIRATEN

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	Landrat
Metz, Thomas	Erster Kreisbeigeordneter
Schimpf, Matthias	hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Gäste:

Dr. Bordon, Frida	Staatliches Schulamt für den Kreis Bergstraße und den Odenwaldkreis
-------------------	---

Verwaltung:

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Blume, Claudia	Schulabteilung
Schweickert, Nadja	Schulabteilung
Schneider-Jaksch, Ute	Jugendamt
Pfaff, Susanne	Jugendamt
Pfeifer, Jutta	Jugendamt
Renner, Erich	Amt für Soziales
Bonnmann, Ralf	Amt für Soziales
Michel, Christina	Controlling
Futterer, Melanie	Controlling

Schriftführerinnen:

Germann, Ingrid	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur

Herr Ausschussvorsitzender Reinhardt eröffnete um 17:05 Uhr die 17-018. Sitzung des Ausschusses des Kreistages Bergstraße für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Abschlussbericht zur Evaluation des Pilotprojekts "Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell" Vorlage: 17-1026

Herr Landrat Wilkes erläuterte die zwei zur Entscheidung anstehenden Zielsetzungen, Fortführung des Modells an Heppenheimer Schulen und Umsetzung des Modells auch in anderen Kommunen.

Bei der Aussprache wurden insbesondere Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten bei der Kooperation zwischen Schule und Jugendamt sowie bei der Elternarbeit thematisiert.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag, von dem Abschlussbericht des Pilotprojekts "Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell" Kenntnis zu nehmen und zu beschließen, dass das Kooperationsmodell als festes Angebot für die Heppenheimer Schulen, Schüler und deren Familien fortgeführt und die bisher für den Bereich "Schulverweigerung" zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von jährlich 30.000 € zukünftig für Projekte zur Förderung der Sozialen Kompetenz in den Eingangsklassenstufen (Klasse 1 und Klasse 5) der Heppenheimer Schulen umgewidmet /neu eingesetzt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Rahmenkonzept zur Unterstützung des Systems Schule zu erarbeiten, um die Elemente, die sich in der Modellphase bewährt haben und die aufgrund der vorhandenen Infrastrukturen bedarfsgerecht übertragbar sind, in andere Kommunen zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 2: Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 09.10.2013 zur Anwendung von Tariflöhnen auf Antrag an den JHA Vorlage: 17-1111

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion erklärten, sich nicht in der heutigen Sitzung, sondern erst in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses eingehend mit der Angelegenheit befassen zu wollen. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussempfehlung der Verwaltung nicht zustimmen.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag, über den mehrheitlich zustimmend gefassten Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 9. Oktober 2013 mit dem Wortlaut:

'Der JHA beschließt, dass die seit Jahren anerkannten Tariflöhne der Träger inclusive einer betrieblichen Altersversorgung weiterhin als Bestandteil der Entgeltabrechnung zur Anwendung kommen. Die Verwaltung des Jugendamtes wird aufgefordert, dies bei Entgeltverhandlungen mit den Leistungserbringern der Jugendhilfe umzusetzen'

wie folgt zu beschließen:

"1. Aufgrund der durch den Hessischen Landkreistag für die hessischen Landkreise zum 31.12.2012 landesweit gekündigten Rahmenvereinbarung (§§ 78 a ff SGB VIII) wird das Jugendamt beauftragt, weiterhin die Maßstäbe anzulegen, die in den Neu-Verhandlungen für die zu vereinbarenden Entgelte als laufendes Geschäft der Verwaltung angelegt wurden/werden und die unter den gesetzlich in § 78 b Absatz 2 SGB VIII vorgeschriebenen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit für den Abschluss von Vereinbarungen anzuwenden sind.

Dabei sind die Schutzschirmauflagen zu beachten und ausschließlich Pflichtleistungen anzuerkennen.

2. Die Vertretungskörperschaft des Kreises schließt sich der Rechtsauffassung der Kreisverwaltung, hier: Kreisjugendamt, an, die durch Bescheid des Regierungspräsidiums in Darmstadt vom 8.11.2013 inzwischen bestätigt wird. (Anlage 1 der Vorlage 17-1111)

3. Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, den Gremien nach Abschluss der Einzelentgeltverhandlungen über die Ergebnisse zu berichten."

Abstimmungsergebnis:

8 Jastimmen, 3 Neinstimmen.

Punkt 3:

Leitbild zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Kreis Bergstraße Vorlage: 17-1133

Herr Erster Kreisbeigeordneter Metz erläuterte die Intention des Leitbilds, Arbeitsschwerpunkte der Kreisteilhabekonferenz deutlich zu machen, und berichtete über die Einrichtung von ersten Arbeitskreisen. Die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Kreis Bergstraße bezeichnete er als eine gesellschaftliche Aufgabe für Jahrzehnte.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt das von der Kreisteilhabekonferenz erarbeitete Leitbild zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Kreis Bergstrasse."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Punkt 4.1: Antrag der Bürgerunion-Fraktion vom 25. Januar 2013
betreffend Untersuchung der Kostensteigerungen in der
Jugendhilfe und Änderungsantrag der Fraktionen von CDU
und GRÜNE vom 4. März 2013 hierzu
- Information der Verwaltung
Vorlage: 17-0752/2**

In der Sitzung wurden als Ergänzung zu den Anlagen der Vorlage 17-0752/2 Fortschreibungen der Ansätze 2013 und Ergebnisprognosen für die wesentlichen Produkte des Amtes für Soziales und des Jugendamtes verteilt.

Herr Abgeordneter Hoch monierte die vorgelegten Daten zu den Kostensteigerungen in der Jugendhilfe als nicht ausreichend, da Erläuterungen zu den Ursachen fehlten.

Frau Dr. Bordon sah die Kostensteigerungen insbesondere durch medizinische Fortschritte verursacht, während Herr Landrat Wilkes auf vielfältige Gründe verwies und anbot, sofern von den Fraktionen gewünscht, in einer separaten Sitzung die Problematik der Kostensteigerungen und die Maßnahmen des Jugendamtes ausführlich darzustellen.

Herr Abgeordneter Gottfried Schneider lobte die positive Entwicklung bei vielen Produkten des Jugendamtes und gab die Anregung an den Kreisausschuss, Möglichkeiten der Verzahnung von Aufgaben des Jugendamtes, des Amtes für Soziales, des Gesundheitsamtes und des Staatlichen Schulamtes zu prüfen.

Herr Abgeordneter Fiedler sah in gesellschaftlichen, familiären und medizinischen Entwicklungen die Ursachen für Kostensteigerungen in der Jugendhilfe. Die Umsetzung der Inklusion werde den Kreis noch lange und stark fordern.

**Punkt 4.2: Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für
das Haushaltsjahr 2014, Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2014-2017 und Beschlussfassung über
die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2017
Vorlage: 17-1040/1**

In der Sitzung wurde die Vorlage 17-1040/1 mit einer Änderungsliste mit den Änderungen, die sich nach dem 7. Oktober 2013 und nach dem 11. November 2013 ergeben haben, verteilt.

Bei der Beratung über die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Teilhaushalte 02 und 03 gab es Fragen zu Produkt 3170, zu denen die Mitarbeiterinnen des Jugendamtes Auskünfte gaben, sowie zur Eingruppierung der Stelle der Geschäftsstelle des Kreisseniorenbeirats, deren Beantwortung Herr Erster Kreisbeigeordneter Metz im Zuge der Beratung des Stellenplans im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 6. bzw. 13. Dezember 2013 zusagte.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales stimmt den vom Kreisausschuss am 04.11.2013 festgestellten Entwürfen der in seine Zuständigkeit fallenden Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte 02 und 03 unter Berücksichtigung der heute vorgelegten Änderungen und Ergänzungen zu und empfiehlt dem Kreistag, hierüber im Rahmen des Ergebnis- und Finanzhaushaltes zu beschließen und die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 zu erlassen. Ferner empfiehlt er dem Kreistag, das Investitionsprogramm 2014 - 2017 und das bis 2017 fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen, 1 Neinstimme, 3 Stimmenthaltungen.

Punkt 5: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Hierzu lag nichts vor.

Herr Ausschussvorsitzender Reinhardt schloss um 18:25 Uhr die Sitzung mit Hinweis auf die eine Woche später stattfindende weitere Ausschusssitzung.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Reinhardt

Vorsitzender

gez. Germann

gez. Schüßler

Schriftführerinnen